

LPK „Pflege macht arm!“ am 16.01.2020

Statement: Ursel Wolfgramm Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg

Pflege darf nicht länger zum Armutsrisiko werden!

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg betrachtet mit Sorge, dass die steigenden Eigenanteile für pflegebedürftige Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen von den Menschen nicht mehr aus eigener Kraft bezahlt werden können.

Bei einem durchschnittlichen Eigenanteil von über 2.200 Euro im Monat und Rentenzahlungen in Höhe von durchschnittlich 708 Euro im Monat für Frauen und 1.259 € im Monat für Männer (Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2018) Für das Jahr 2018 in Baden-Württemberg wird deutlich, dass Pflegebedürftigkeit zum Armutsrisiko wird.

Wir brauchen eine Umfinanzierung bei den stationären Pflegeleistungen. **Eine Verlagerung der Kosten für Behandlungspflegeleistungen im stationären Pflegesetting auf die Krankenkassen würde die Pflegesätze und somit die Eigenanteile der pflegebedürftigen Menschen deutlich senken. Im Gegensatz zur Finanzierung der Behandlungspflege im privaten Wohnsetting wird in der stationären Pflege die Behandlungspflege als integraler Bestandteil der pflegebedingten Aufwendungen durch die Pflegeversicherung und den Eigenanteil der pflegebedürftigen Menschen finanziert.**

Aus aktuellen Studien geht hervor, dass bundesweit rund **70 Prozent** der Pflegebedürftigen in **stationären Pflegeeinrichtungen** auf diese rein medizinischen Leistungen angewiesen sind. Das entspricht schätzungsweise einem Betrag in Höhe von rund 3 Milliarden Euro, der zulasten der Pflegeversicherung und der **Eigenanteile der Heimbewohner*innen geht. Wissenschaftler gehen davon aus, dass die** Leistungen der Behandlungspflege einem kontinuierlichen Wachstum unterliegen, dessen Scheitelpunkt noch nicht erreicht ist.

Weiter wäre mit diesem Schritt die Gleichstellung der pflegebedürftigen Menschen, unabhängig vom Wohnort der pflegerischen Versorgung, erreicht und eine Gerechtigkeitslücke geschlossen. In Baden-Württemberg sind 110.245 von Bundesweit 952.367 Pflegeheimbewohnern*innen (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2017) davon betroffen. Alle pflegebedürftigen Menschen könnten somit die Behandlungspflegeleistungen unabhängig von der Versorgungsform (ambulante und stationäre Pflege) über die Krankenkassen finanzieren.

Fazit:

Baden-Württemberg muss sich für eine gerechte und finanzierbare Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen auf Bundesebene stark machen.

Durch die Senkung der Eigenanteile der pflegebedürftigen Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen kann der „Armut durch Pflege“ entgegengewirkt werden.

Wir fordern die Politik auf die Kosten für die Leistungen der Behandlungspflege in stationären Pflegeeinrichtungen auf die Krankenkassen zu übertragen und gesetzliche Klarstellungen hierfür zu schaffen.

Pressestelle: Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg, Hina Marquart, Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 0711/2155-207, mobil: 0172/7148625, E-Mail: marquart@paritaet-bw.de